

LOHN-RANKING

Teure und kaufkräftige Schweiz
Wirtschaft, Seite 27

KUBA

Im Stolperschritt zur Marktwirtschaft
Fokus der Wirtschaft, Seite 32

ZENTRALBANKEN

Interventionen führen zur Erholung des Euro
Börsen und Märkte, Seite 33

SPORT

Eine Reise durch die Schweiz im Zeichen des Fussball-Cups
Seite 48

Die Euro-Gruppe will die Entspannung nutzen

Zuckerbrot und Peitsche für Griechenland – noch keine Klarheit zu Spanien

Griechenland muss bis in die zweite Oktoberhälfte auf einen Entscheid über weitere Hilfen warten, erhält aber vielleicht etwas mehr Zeit für den Defizitabbau. Derweil ebneten die Euro-Finanzminister den Weg für die Inkraftsetzung des ESM.

René Höltschi, Nikosia

Für einmal passte das strahlende Wetter zur Stimmung: Schon länger nicht mehr hat eine Sitzung der Finanzminister der Euro-Zone (Euro-Gruppe) in einer ähnlich entspannten Lage stattgefunden wie am Freitag in Nikosia. So haben die Zinsen für Staatsanleihen der Krisenländer in jüngster Zeit deutlich nachgelassen, was diesen Staaten etwas Luft verschafft. Dazu beigetragen hat die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), unter bestimmten Bedingungen auf dem Sekundärmarkt Staatsanleihen von Staaten aufzukaufen, die ein Hilfsprogramm des Euro-Krisenfonds beantragen (OMT-Programm). Der EZB-Chef Mario Draghi betonte aber nach der Sitzung in Nikosia, man solle die Rolle der EZB nicht überschätzen. In letzter Zeit hätten eine Vielzahl von Dingen zur Besserung beigetragen, darunter Reformpläne für die Währungsunion und beträchtliche Fortschritte bei der Verfolgung der «richtigen Wirtschaftspolitik» auf nationaler Ebene. Das OMT-Programm wiederum habe ausschliesslich geldpolitische Ziele. Weiter verbessert worden ist die Stimmung durch das Ja des deutschen Verfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dem permanenten Euro-Krisenfonds.

Achillesferse Griechenland

Auch die Euro-Gruppe ist sich bewusst, dass die relative Ruhe ihr nur eine Atempause verschafft, die es zu nutzen gilt. Es gebe nicht mehr Grund für Selbstzufriedenheit als vor sechs Monaten, doch bewege man sich in die richtige Richtung, sagte der EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn vor den Medien. Die Euro-Gruppe versucht, die Entspannung zu nutzen, um die verbliebenen Hürden anzugehen. In Nikosia waren indessen noch keine Beschlüsse reif, sondern es wurden nur Vorbereitungsarbeiten geleistet und Kompromissmöglichkeiten ausgelotet.

Eine der grössten Herausforderungen bleibt der Umgang mit Griechenland, das mit der Sanierungsarbeit im Rückstand ist und auf die Freigabe der nächsten Kredittranche wartet. Doch selbst hier scheinen sich mögliche Kompromisse abzuzeichnen. Der Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker sagte nach den Beratungen, er erwarte einen politischen Entscheid über die nächste Auszahlung nicht vor der zweiten Oktoberhälfte. Denn entgegen früheren Erwartungen liegt der Bericht der Troika aus Experten von EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds (IMF), der als Grundlage für den Entscheid dient, noch nicht vor. Laut Juncker forderte die Euro-Gruppe die Troika und Athen auf, die Verhandlungen abzuschliessen und sich auf ein Set von glaubwürdigen Massnahmen zur Schliessung der Finanzierungslücke 2012 und 2013 zu einigen. Weitere Fortschritte seien auch bei den Struktur-reformen, der Privatisierung und der Bankensanierung nötig. Griechenlands Behörden seien sich bewusst, dass sie in den nächsten Wochen entschlossen «liefern» müssten.



Mario Draghi (links) und Christine Lagarde am Ecofin in Nikosia. KATIA CHRISTODOULOU / EPA

Zugleich signalisierten die Partner eine gewisse Flexibilität: Sowohl die österreichische Finanzministerin Maria Fekter als auch ihr niederländischer Amtskollege Jan Kees de Jager, die beide als Hardliner gelten, deuteten an, dass man Griechenland wegen der über Erwartungen tiefen Rezession etwas mehr Zeit für den Defizitabbau gewähren könnte, ohne aber die Hilfskredite aufzustocken. Auch die IMF-Chefin Christine Lagarde, die ebenfalls zur Sitzung in Zypern angereist war, bezeichnete eine Anpassung des Timings als eine der Optionen, die man prüfen könne. Wie man Athen mehr Zeit geben kann, ohne dass dies mehr kostet, vermochten Diplomaten indessen nicht zu erklären.

Bereitet Spanien Antrag vor?

Noch keine Klärung brachte die Sitzung zur Frage, ob Spanien, das bereits Hilfen für die Bankensanierung zugesagt erhalten hat, in absehbarer Zeit einen weiteren Hilfsantrag an den Euro-Krisenfonds stellen und damit eine Bedingung für allfällige EZB-Anleihekäufe erfüllen will. Die spanische Regierung scheint nicht zuletzt deshalb zu zögern, weil ein zweites Programm mit weiteren wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden sein könnte. Juncker sagte, die Erreichung der spanischen Defizitziele bleibe in Reichweite und Finanzminister Luis de Guindos habe zugesagt, nötigenfalls zusätzliche Sparmassnahmen zu ergreifen. Zudem hat de Guindos gegenüber seinen Kollegen für Ende Monat ein nationales Reformprogramm angekündigt, das sich laut Rehn an den EU-Empfehlungen vom Juli orientieren soll und mit einem konkreten Zeitplan versehen werde. Man kann dies in zwei Richtungen interpretieren: Die spani-

schen Schritte könnten das Vertrauen der Märkte weiter stärken und damit weitere externe Hilfe unnötig machen. Sie können aber auch als Vorbereitung für einen Hilfsantrag gesehen werden, weil die wirtschaftspolitischen Auflagen für weitere Hilfe dann vielleicht kaum über das hinausgehen würden, was auf nationaler Ebene bereits beschlossen worden ist. Dies könnte der spanischen Regierung jenen Antrag politisch erleichtern, den manche Experten seit einiger Zeit für unausweichlich halten.

Weg für ESM geebnet

Die Euro-Gruppe hat zudem den Weg für die Inkraftsetzung des ESM geebnet. Sie habe die beiden Bedingungen des deutschen Verfassungsgerichts bezüglich der Interpretation des ESM-Vertrags diskutiert, sagte Juncker. Alle Minister seien sich einig, dass keine Bestimmung des Vertrags dahingehend interpretiert werden dürfe, dass sie zu Verpflichtungen zu höheren Zahlungen für Mitgliedstaaten ohne deren vorgängige Zustimmung führe. Ebenso stimme man überein, dass keine Vertragsbestimmung die umfassende Information nationaler Parlamente auf Basis des nationalen Rechts verhindere. Die Euro-Gruppe werde dies in den nächsten Tagen mit einer Stellungnahme formalisieren und es damit Deutschland ermöglichen, die Ratifikation des ESM-Vertrags abzuschliessen.

Am 8. Oktober soll dann der Gouverneursrat des ESM (gebildet von den Finanzministern der Euro-Staaten) zur Eröffnungssitzung des ESM zusammen-treten, und noch im Oktober sollen die Euro-Staaten die ersten beiden Tranchen (insgesamt 32 Mrd. €) ins ESM-Kapital einzahlen.

Draghi will Berlin überzeugen

ca. Frankfurt · Der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, ist sich der deutschen Skepsis gegenüber der neuen EZB-Politik bewusst. In einem Interview mit der «Süddeutschen Zeitung» vom Freitag signalisierte er seine Bereitschaft, auf Einladung in den Deutschen Bundestag zu gehen, um seine Politik zu erklären. Bundestagspräsident Lammert bedankte sich bei Draghi und will sich um einen Termin kümmern. Das Misstrauen in Deutschland gegenüber den geplanten Staatsanleihekäufen durch die EZB behindere die Notenbank, so Draghi im Interview. Dabei gebe es bereits erste positive Reaktionen auf das Programm. Fonds-

manager brächten ihr Geld wieder nach Europa zurück, was gut sei für die Wirtschaft. Draghi bedauert, dass die Deutsche Bundesbank derzeit seine Meinung zu den Anleihekäufen nicht teilt. Es wäre schön, wenn immer mit der Bundesbank zusammengearbeitet werden könnte, wurde der Präsident zitiert. Nicht zu überzeugen braucht Draghi offensichtlich den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble. Dieser sprach der EZB in einem Radiointerview mit dem «Deutschlandfunk» am Freitagmorgen sein volles Vertrauen aus und zeigte sich überzeugt, dass sich die Notenbank auch mit dem Anleihenprogramm strikte an ihr Mandat halte.

Schwere Vorwürfe an UBS-Händler Adoboli

Anklageschrift beschreibt die Umstände des Milliardenverlusts

Im Prozess zum Milliardenverlust der UBS in London wirft die Anklage dem Händler Adoboli ein System von Falschbuchungen vor. Er habe zur Förderung der Karriere und der Boni das Vertrauen der Bank missbraucht.

Peter Rásonyi, London

Im Gerichtssaal im Londoner Southwark Crown Court wirkt der frühere UBS-Händler Kweku Adoboli wie ein erfolgreicher junger Mann. Er sitzt ruhig hinter seinen Anwälten, tauscht mit ihnen ab und zu ein paar Sätze und ein Lächeln aus. Doch laut der Anklage handelt es sich um einen verantwortungslosen Spieler, der zur Förderung seiner Karriere, seiner Boni und seines Egos das Schicksal der grössten Schweizer Bank aufs Spiel setzte. An einem Tag im August 2011 stand die Bank wegen seiner ungedeckten Wetten mit 11,9 Mrd. \$ im Risiko, ohne davon zu wissen. Wäre daraus ein Verlust geworden, so wäre die UBS, die Ende jenes Jahres ein Eigenkapital von 58 Mrd. Fr. auswies, wohl nicht ruiniert, aber empfindlich geschwächt worden. Am Ende resultierte ein Verlust von 2,3 Mrd. \$.

Frühe Geständnisse

Am Freitag, auf den Tag genau ein Jahr nach der Aufdeckung des Skandals, verlas die Staatsanwältin im Gericht die Anklageschrift. Dabei kam erstmals eine Beschreibung der Vorgänge zutage, die zu dem Verlust geführt haben könnten. Eine zentrale Rolle in der Argumentation der Anklage spielen dabei die Geständnisse, die Adoboli anfänglich gegenüber internen Organen der UBS machte, teilweise in Gegenwart eines Anwalts. Erst später änderte er, beraten durch eine neue Anwaltskanzlei, seine Strategie und plädierte auf unschuldig.

Am 14. September 2011 floh Adoboli vor den immer investigativer werdenden Fragen eines Backoffice-Mitarbeiters aus dem Bürogebäude der UBS in der City und meldete sich zum angeblichen Arztbesuch ab. Eine Stunde später ging nach der Darstellung der Staatsanwältin eine E-Mail «wie eine Granate» bei der UBS ein. «Lieber Will», schrieb Adoboli, «ich schreibe diese E-Mail unter grossem Stress ... die Handelsabschlüsse, die du im Handelsbuch siehst, habe ich gar nicht wie zuvor beschrieben mit einer Gegenpartei getätigt. Ich habe die Buchungen gemacht, um Verluste zu unterdrücken, die ich durch nicht verbuchte Handelsabschlüsse akkumuliert habe.» Adoboli kehrte Stunden später zurück und erklärte den alarmierten Experten der UBS, seine verborgenen Handelspositionen müssten geschlossen werden und es sei mit Verlusten von 1,8 Mrd. \$ zu rechnen.

Adoboli gelangte 2003 nach Studienabschluss zur UBS. Nach einigen Jahren als durchschnittlich bezahlter Backoffice-Mitarbeiter gelang ihm 2005 der Sprung ins Front-Office, wo die Händler herrschten und die grossen Boni verdient wurden. 2009 begann sein Einkommen explosionsartig zu wachsen; ein Jahr später verdiente er 360 000 £, fast zehnmal mehr als 2005. Die Staatsanwältin legte diesen Werdegang Adoboli gleich doppelt zur Last. Erstens habe er im Backoffice Kenntnis der Buchungssysteme gewonnen, die er später für seine Manipulationen habe nutzen können. Zweitens sei sein Einkommen just zu dem Zeitpunkt explodiert, als er mit seinen betrügerischen Deals vorzutäuschen begonnen habe, ein er-

folgreicher Händler zu sein – womit das Motiv gegeben sei.

Adoboli glitt nach Darstellung der Anklage im Oktober 2008 auf die schiefe Bahn. Damals hab er einen Verlust von 400 Mio. \$ zulasten der Bank erlitten und beschlossen, diesen durch Falschbuchungen zu verschleiern. Später gelang es ihm, durch ebenfalls verheimlichte Handelsgewinne den Verlust wieder auszugleichen. Dabei wurden angeblich fiktive Absicherungsgeschäfte mit fern liegenden Fälligkeitsterminen verbucht und später gelöscht. Da das alles so gut gelang, folgten bald weitere verborgene Deals. Mit der Zeit führte Adoboli angeblich eine von ihm als «Regenschirm» bezeichnete Schatten-Buchhaltung, über die er Gewinne und Verluste ausglich und vor der Bank verheimlichte. Ab Juni 2011 gingen seine Wetten indessen gründlich schief, aufgelaufene Milliardenverluste liessen sich kaum mehr verbergen, das Netz der Risikokontrollen schloss sich immer enger, bis er am 14. September aufgab.

Unangenehme Fragen

Für die Staatsanwältin ist klar, dass Adoboli in betrügerischer Absicht die Handelslimiten verletzte, die Bücher fälschte und die Vorgesetzten anlog. Dabei habe er als Einzeltäter gehandelt, was er in seinen ersten Aussagen bestätigt habe. In den kommenden Wochen wird es Aufgabe der Anklage sein, die Jury von dieser Darstellung der Dinge zu überzeugen. Dabei dürfte klarer werden, wie es Adoboli gelingen konnte, die Bank fast drei Jahre lang mit Buchungen fiktiver Handelsgeschäfte hinteres Licht zu führen. Adobolis Verteidigungsstrategie dürfte darauf fussen, sein Verhalten ins Licht einer «gewöhnlichen» Geschäftspraxis zu rücken und die betrügerische Absicht, die für eine Verurteilung bewiesen werden muss, zu bestreiten. Dazu dürfte der Versuch gehören, die frühe Mitwisserschaft eines möglichst grossen Personenkreises plausibel zu machen. Für die UBS wird die Sezierung der Vorgänge die unangenehme Frage aufwerfen, wie ihre Buchungssysteme anscheinend derart einfach und lange getäuscht werden konnten.

INDEX		
		Foxconn 31
		Rheinmetall 31
Alpiq	31	Sharp 31
Bayer	31	Sopracenerina 31
Fiat	30	Swisscom 30
Fortimo	31	VW 31

ANZEIGE

DEKADE DER DIVIDENDENAKTIEN



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), warum die Vorteile von Aktien global tätiger Unternehmen für uns überzeugend sind.»

Silvan Betschart

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch